

CDU legt umfassendes Konsolidierungskonzept für Stadtfinanzen vor

Die Haushaltslage der Stadt Bad Mergentheim macht es erforderlich, neue Grundsätze der städtischen Haushaltspolitik festzulegen und einen klaren Konsolidierungskurs für die städtischen Finanzen einzuschlagen. Aus diesem Grund hat die CDU-Fraktion im Gemeinderat mit dem Oberbürgermeister und beraten durch die Kämmererei in den vergangenen Monaten ein umfassendes Haushaltskonsolidierungskonzept erarbeitet. Dieses Konzept wurde allen Fraktionen des Gemeinderates mit der Einladung zu einem Gespräch im Vorfeld der Beratung in der Absicht zugeleitet, eine grundsätzliche Einigkeit in dieser Frage im Gemeinderat zu erzielen. In der Juli-Sitzung soll das Konzept zur Beratung und Abstimmung gestellt werden.

Als Ziel der städtischen Haushaltspolitik will die CDU-Fraktion eine Reduzierung der Verschuldung der Stadt auf 1.000 Euro pro Kopf im Kernhaushalt innerhalb von 10 Jahren festlegen. Das bedeutet einen mittelfristigen Schuldenabbau um rund 14 Millionen Euro. Hierfür sieht das Konzept der CDU eine ganze Reihe von Maßnahmen vor:

Ab dem Haushaltsjahr 2016 soll die Stadt Bad Mergentheim Haushaltspläne aufstellen, die ohne Netto-Neuverschuldung auskommen und darüber hinaus einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt ausweisen. Die Verwaltung soll verpflichtet werden, Haushaltsentwürfe vorzulegen, die diesen Vorgaben entsprechen.

Damit einher geht eine Selbstverpflichtung des Gemeinderates und der Verwaltung: Aufnahmen in den Planentwurf sind nur noch möglich, wenn zugleich dieselbe Summe durch einen konkreten Streichungsvorschlag aus dem Planentwurf entnommen wird. Dies gilt gleichermaßen für die Verwaltung wie auch für den Gemeinderat. Denn um dem Grundsatz „keine Netto-Neuverschuldung“ auch in den Haushaltsberatungen Rechnung zu tragen, darf das Zahlenwerk nicht zum Negativen hin verschoben werden. Der Gestaltungsspielraum des Gemeinderates bleibt erhalten, jedoch soll zukünftig gelten: „Wer mehr will, muss sagen, wie es bezahlt werden soll.“

Das Konzept der CDU lehnt Steuererhöhungen bewusst und ausdrücklich ab, da die Erhöhung von Steuern im Grundsatz jeden Bürger trifft, gleich ob er eine Leistung der Stadt in Anspruch nimmt oder nicht. Die Erhöhung der Kostendeckung bei Gebühren und Entgelten hat hingegen den Ansatz, dass derjenige, der eine Leistung von der Stadt beansprucht, auch in einem angemessenen Umfang hierfür aufkommen soll. Nur auf diesem Wege lassen sich dauerhaft alle städtischen Einrichtungen erhalten.

Daher sollen Gebühren und Entgelte für städtische Einrichtungen und Leistungen künftig alle zwei Jahre neu kalkuliert werden. In der Vergangenheit wurde hier teilweise fast ein Jahrzehnt zugewartet, so dass die zwischenzeitlich deutlich gestiegenen Kosten sich nicht in den Entgelten wiedergefunden haben. Bei allen städtischen Einrichtungen und Leistungen soll geprüft werden, inwieweit eine Gebührenpflicht möglich und sinnvoll ist, um mehr Kostengerechtigkeit herbeizuführen.

Bereits in den zurückliegenden Jahren hat die Stadt Bad Mergentheim Millionen in neue Kindergärten investiert. Künftig werden für Sanierungen von Kindergärten weitere Millionenbeträge anfallen. Die Stadt Bad Mergentheim subventioniert die Kinderbetreuung bislang trotz ihrer schwachen Finanzlage deutlich stärker, als es die Fachverbände des Landes Baden-Württemberg vorschlagen. Um die Investitionskosten tragen zu können, sollen die Gebühren für Kindergärten und Kleinkindbetreuung angepasst werden, so dass der Kostendeckungsgrad in allen Segmenten um 5 Prozentpunkte erhöht wird, jedoch durch eine Deckelung nicht die Vorgaben der Kirchen und kommunalen Spitzenverbände übersteigt, um die Eltern nicht zu überfordern.

Die Kostendeckung städtischer Einrichtungen, soll schrittweise erhöht werden, indem eine jährliche Einsparquote von 2,5% bezogen auf das ordentliche Ergebnis für einen Zeitraum von 5 Jahren festgelegt wird. Erreicht eine Einrichtung vollständige Kostendeckung, wie von der Verwaltung für die Volkshochschule zugesagt, so sind weitere Sparmaßnahmen bei dieser Einrichtung nicht geboten. Dieser Konsolidierungspfad hat das Ziel, die städtischen Einrichtungen wirtschaftlich zukunftsfähig zu machen.

Dieses Haushaltskonsolidierungskonzept lässt gleichwohl Raum für Investitionen und für eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung. Dabei ist es erforderlich, sich auf die absolut notwendigen Projekte zu konzentrieren, eine klare Priorisierung der Vorhaben vorzunehmen sowie strikte Kostendeckung sowie -kontrolle zu üben. Investitionen in größere Projekte werden nicht ohne Ausgleichsstock und etwaige Fachförderung vorgenommen. Um diese Ziele zu erreichen, soll die Stadtverwaltung dem Gemeinderat einen Investitionsplan für die nächsten fünf Haushaltsjahre vorlegen, in dem das jeweilige Projekt, der vorgesehene Umsetzungszeitpunkt und die Kostenobergrenze genannt werden. Dieser Plan soll im Gemeinderat beraten und beschlossen werden. Die Verwaltung hat dann sicherzustellen, dass die Kostenobergrenze künftig jeweils eingehalten wird.

Die Finanzierung von Baugebieten soll auch weiterhin außerhalb des Haushaltes erfolgen, um ein weiteres Wachstum der Stadt zu ermöglichen. Die dafür eingesetzten Mittel fließen beim Verkauf der Bauplätze an die Stadt zurück und belasten den städtischen Haushalt daher nicht. Zudem bleiben die Förderung für Maßnahmen zur Erhaltung des Stadtkerns und der Ortskerne bestehen.

Die Personalausgaben der Stadt bilden mit über 14 Millionen Euro einen wesentlichen Ausgabenanteil des städtischen Haushaltes. Aus diesem Grund soll es in den kommenden 10 Jahren keinerlei weitere Stellenmehrung geben. Wird eine Stelle frei, so muss hinterfragt werden, ob eine Wiederbesetzung unabdingbar ist. Werden der Stadt vom Bund oder vom Land Baden-Württemberg neue Aufgaben zugewiesen, so ist zunächst die Möglichkeit einer internen Umstrukturierung zur Aufgabenbewältigung zu prüfen und nur falls dies nicht zum Ziel führt, die Schaffung von zusätzlichen Stellen zu erwägen. Dies geschieht gemeinsam durch Stadtverwaltung und Gemeinderat.

Die auf Antrag der CDU bereits eingesetzte Verwaltungsstrukturkommission erhält den Auftrag eine umfassende Aufgabenkritik vorzunehmen und Möglichkeiten der Effizienzsteigerung aufzuzeigen. Entscheidend ist die Zufriedenheit der Bürgerschaft mit ihrer Stadtverwaltung aber auch die Zufriedenheit der städtischen Mitarbeiter mit ihrem Arbeitsplatz. Aus diesem Grund ist es dringend erforderlich Verwaltungsstrukturen zu hinterfragen und die Abläufe effizient zu gestalten. Dies steigert nicht nur die Zufriedenheit in und mit der Stadtverwaltung, sondern führt mittelfristig zu finanziellen Einsparpotentialen.

Die CDU-Fraktion dankt Oberbürgermeister Udo Glatthaar sowie der Kämmerei auf diesem Wege nochmals für die zugleich kritische und konstruktive Begleitung der Arbeit der CDU-Finanzkommission im zurückliegenden halben Jahr.

CDU-Fraktion